



HESSISCHER LANDTAG

29. 09. 2021

Plenum

Dringlicher Antrag

Fraktion der Freien Demokraten

Landesaufnahmeprogramm zur Aufnahme von Menschen aus Afghanistan für Hessen

Der Landtag wolle beschließen:

1. Mit großer Sorge um die afghanische Bevölkerung, insbesondere um Frauen, Kinder und afghanische Ortskräfte, blicken wir auf die aktuellen Entwicklungen in Afghanistan. Seit dem Abzug internationaler Truppen und der Machtübernahme der militant-islamistischen Taliban hat sich die Lage dramatisch verschlechtert. Der Vormarsch der Taliban bedroht vor allem die individuellen Rechte aller afghanischen Frauen und Mädchen. Afghaninnen und Afghanen, die in den Bereichen wie dem Bildungswesen, der Politik oder der Medienbranche tätig sind, sind akut gefährdet. Diejenigen, die sich für Frauen- und Menschenrechte in Afghanistan einsetzen, benötigen unsere Hilfe. Den Blick in die Zukunft gerichtet, sehen wir die Bundesregierung und die Europäische Union in der Pflicht, sich für Menschenrechte und die Verbesserung der Menschenrechtssituation in Afghanistan einzusetzen. Dabei sind auch die Nachbarländer, welche derzeit und zukünftig einen Großteil der Geflüchteten aufnehmen, mit finanziellen Mitteln zu unterstützen, um eine humanitäre Krise zu verhindern.
2. Der Hessische Landtag erwartet von der Bundesregierung, dass diese ihre Verantwortung für die Sicherheit deutscher Staatsangehöriger und afghanischer Ortskräfte übernimmt. Dass Ausreisen an bürokratischen Hürden, fehlenden Visastellen und mangelnder logistischer Unterstützung gescheitert sind, ist aufs Schärfste zu kritisieren. Viele afghanische Ortskräfte befinden sich aktuell noch immer in Afghanistan und in akuter Lebensgefahr. Die Bundesregierung hat unnötige Zeit verstreichen lassen, in der die Evakuierung der Ortskräfte zu leisten war.
3. Für den Landtag ist es eine humanitäre Pflicht, Menschen, deren Leben und Freiheit durch die Machtergreifung der Taliban in Gefahr ist und die sich auf die Hilfe Deutschlands verlassen haben, zu schützen.
4. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, gegenüber der Bundesregierung ihre Bereitschaft zu erklären, gefährdete Menschen aus Afghanistan aufzunehmen. Dabei möge die hessische Landesregierung dem Vorbild von Schleswig-Holstein folgen, dessen Landesregierung bereits ein Landesprogramm zur Aufnahme von Menschen aus Afghanistan beschlossen hat. Ein solches Programm ist auch von der hessischen Landesregierung zu erarbeiten.
5. Die Landesregierung muss mutig und zügig bei der Aufnahme besonders gefährdeter Afghanen und Afghaninnen handeln. Eine besondere Sorgfalt obliegt dabei der Integration dieser Schutz suchenden Menschen, da wir aufgrund der aktuellen politischen Lage in Afghanistan von einem längerfristigen Aufenthalt in Deutschland ausgehen müssen. Auch die bereits in Hessen lebende Gemeinschaft von Afghanen und Afghaninnen muss unterstützt und in diese Bemühungen eingebunden werden.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Fokus auf diejenigen zu richten, die mit der Bundeswehr oder Hilfsorganisationen des deutschen Staates exponiert zusammengearbeitet haben oder über Drittunternehmen Dienstleistungen für die deutschen Sicherheitskräfte erbracht haben, sowie Afghaninnen, die durch die Ausweitung des Herrschaftsbereichs der Taliban besonders von Verfolgung und Gewalt bedroht sind. Auch deren Familien bedürfen eines besonderen Schutzes. Dabei muss sich die Auswahl der zu schützenden Menschen an rechtstaatlichen Rahmenbedingungen orientieren.

7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, den Landtag und seine Ausschüsse fortlaufend über die Entwicklung der Bundesprogramme und die Aufnahme der Schutzbedürftigen zu informieren.

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 28. September 2021

Der Fraktionsvorsitzende:
René Rock